

Wissensreihe

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Status Quo und Ausblick

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 einigten sich die sechs Gründungsmitglieder auf die Vergemeinschaftung der Agrarpolitik. Die Gemeinsame Agrarpolitik trat 1962 in Kraft und hat sich seitdem – mit Blick auf die neuen (globalen) Herausforderungen – kontinuierlich weiterentwickelt.

Ursprünglich auf Marktordnung fokussiert, hat die GAP parallel zur Sicherung der Ernährung auch zunehmend die Rolle der Bereitstellung öffentlicher Güter übernommen. Über 500 Millionen BürgerInnen in den 28 Mitgliedstaaten Europas profitieren von der GAP, halten die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete wichtig für die Zukunft und unterstützen den Beitrag, den die GAP leistet, um die Serviceleistungen der europäischen LandwirtInnen für die Allgemeinheit zu gewährleisten. Die GAP steht aber auch im Spannungsfeld zwischen sozialer und ökologischer Verantwortung sowie wirtschaftlichen Notwendigkeiten für ein nachhaltiges unternehmerisches Handeln.

Ein Blick auf diese erste Gemeinschaftspolitik, die ihr gesetzten Ziele und ihre Entwicklung.

Vortragende:

- DIⁱⁿ Christa Bauer
BMLFUW, Abteilung EU Koordination Landwirtschaft

Zur Person:

- Leiterin der Abteilung EU Koordination Landwirtschaft im BMLFUW und Sprecherin Österreichs im Sonderausschuss Landwirtschaft (Vorbereitungsgremium des Rates Landwirtschaft)
- Über 6 Jahre Leiterin der Abteilung des BMLFUW in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel → GAP-Reform 2013
- 1997 – 2006 Österreichische Botschaft Paris (zuständig für Agrarangelegenheiten und ab 2000 auch für Umweltangelegenheiten) und Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD (Agrarangelegenheiten) → GAP-Reform 2003, Agenda 2000
- Studium an der BOKU
- Praktikum bei der Europäischen Kommission 1993



Foto: © Martha Stangl

Seminar

Datum: Mi, 22.02.2017

Ort: Seminarraum
im Umweltdachverband
Strozzigasse 10/7-9
1080 Wien

Zeit: 14.30 - 16.30 Uhr

Kosten: EUR 45,-
pro Person/pro Seminar
(inklusive Getränke/Snacks),
für NGOs kostenlos

Anmeldung:
bis 20.02.2017
an office@eu-umweltbuero.at